Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (KR/WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Jens Berger – Die Angst vor dem Gelduntergang
2. „Schröder fand Gefolgsleute auch in den Gewerkschaften" – Im Gespräch mit Ursula Engelen-Kefer
3. Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten?
4. Interview mit Stéphane Hessel: Vater der Kapitalismuskritik
5. Ökonomie neu denken: Vom Kopf auf die Füße gestellt
6. Arbeitslosenkasse spaziert auf dünnem Eis
7. Michael Sandel: What Money Can't Buy – The Moral Limits of Markets
8. Moderne Mägde
9. Sepsis-Studie: Tausende Patienten sterben unnötig
10. Von 400 auf 450 Euro: Wie sinnvoll ist die neue Verdienstgrenze bei Minijobs?
11. Kritik am schnellen Wechsel des ehemaligen Vizepräsidenten der Bundesnetzagentur zum Lobbyisten für Offshore-Windanlagen
12. «Es ist ein brandgefährlicher Prozess im Gang»
13. US-Präsidentenwahl: Texas droht OSZE-Wahlbeobachtern
14. Wertkonservativ, jedenfalls nicht links
15. Ausverkauf des Wissens verhindern
16. Beschäftigte in High-Tech-Sektoren in den Regionen Europas
17. Paradigmenwechsel in der Lehre
18. Innovation nach Plan
19. Die Fernsehräterepublik
20. Romneys Pläne für die Wirtschaft
21. Ergänzung zum Artikel „Michael Glos und sein Amtseid"

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Jens Berger – Die Angst vor dem Gelduntergang**
   Die Inflation ist in aller Munde. Es vergeht kaum ein Tag, an dem wir nicht von besorgten Politikern und noch besorgteren Leitartiklern vor der kommenden Geldentwertung gewarnt werden. Den bisher tiefsten Tiefpunkt der an intellektuellen

Tiefpunkten reichen Inflationsdebatte markierte diese Woche der FDP-Großökonom Rainer Brüderle.
In seinem frisch herausgegebenen „Programm zum Inflationsschutz“ stellt er die steile These auf, dass Steuererhöhungen die „Inflation entfachen“. Sollte Brüderle Recht haben, müssten wohl sämtliche Lehrbücher der Ökonomie umgeschrieben werden.
Quelle: taz

2. **„Schröder fand Gefolgsleute auch in den Gewerkschaften“ – Im Gespräch mit Ursula Engelen-Kefer**
Zwar beschwören CDU und SPD die Notwendigkeit, die Altersarmut zu bekämpfen. Aber ob Zuschussrente von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) oder Solidarrente von Sigmar Gabriel (SPD) – in beiden Fällen hängen die „Trauben“ so hoch, dass die wirklich Bedürftigen sie gar nicht erreichen können. Außerdem ist dies nur die Reparatur nach dem Sündenfall der Riesterrente. An der massiven Absenkung des Rentenniveaus ändert dies nichts. Die Zukunft der solidarischen Rentenversicherung mit Pflichtbeiträgen bleibt weiterhin gefährdet, wenn das Netto-Rentenniveau vor Steuern bis 2030 auf 43 Prozent absinkt – für den Durchschnittsverdiener über 45 Jahre wohlgemerkt, für viele mithin noch erheblich weniger…
Am Anfang gab es ja noch eine Gruppe der Aufrechten. Ottmar Schreiner, Andrea Nahles und noch ein oder zwei. Wir haben uns immer standhaft dagegen gewehrt und gesagt: Wir können zwar eine Zusatzrente machen, aber nicht auf Kosten der gesetzlichen Altersrente.
Ich stand aber am Ende allein. Bei der letzten Bundesvorstandssitzung der SPD dazu war ich tatsächlich total allein…
Die Gewerkschaften haben jenen weiteren Abriss des Sozialstaats nicht verhindert und verhindern können. Da beziehe ich mich als damalige stellvertretende Vorsitzende des DGB mit ein…
Das eigentliche Problem ist, dass in der SPD keine Kraft erkennbar ist, die mit Durchsetzungswillen und Durchsetzungsfähigkeit diese dramatischen Verschlechterungen, die im Grunde genommen eine Gefährdung der gesetzlichen Rentenversicherung bedeuten, korrigieren könnte…
In den Gewerkschaften hat sich eine gewaltige Machtverschiebung entwickelt. Die Branchengewerkschaften, wir haben ja nur noch acht DGB-Gewerkschaften insgesamt, sagen: Uns interessiert, dass wir einen hohen Organisationsgrad haben. Gewerkschaften sind Interessengruppen, sind Lobby-Gruppen. Sie vertreten die Interessen ihrer Mitglieder. Und zwar tun sie dies aus ihrer Sicht durchaus folgerichtig und erfolgreich: Die IG-Metall ist exportorientiert, die Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (BCE), ist ebenfalls exportorientiert und braucht die

jeweiligen Regierungen, insbesondere für die Finanzierung des gravierenden Niedergangs im Bergbau, egal welcher Couleur. Ver.di hat keinen so starken Organisationsgrad, mit Ausnahme der großen öffentlichen Versorgungsunternehmen und Kommunen, wo sie gut aufgestellt sind.
Quelle: Wirtschaft und Gesellschaft

Anmerkung JB: *Ein bemerkenswertes Interview. Selten ging ein aktives oder ehemaliges Mitglied aus der DGB-Spitze mit sich selbst und den Gewerkschaften derart kritisch ins Gericht.*

3. **Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten?**
Die durchschnittlichen bedarfsgewichteten und inflationsbereinigten Markteinkommen der Personen in privaten Haushalten sind von 1991 bis 1998 nahezu unverändert geblieben, Ende der 90er Jahre stiegen sie im Zug des konjunkturellen Aufschwungs deutlich, gingen dann aber bis 2005 wieder zurück …
In Westdeutschland sanken die durchschnittlichen Markteinkommen von 1999 bis 2005 um rund 1 000 Euro (–4 Prozent), in Ostdeutschland waren es rund 2 000 Euro (–13 Prozent). Diese Entwicklung war vor allem Folge einer Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt; in Ostdeutschland nahm die Zahl der Arbeitslosen in dieser Zeit deutlich stärker zu als in Westdeutschland.
Mit dem seither zu beobachtenden deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit ging eine Trendwende in der Einkommensentwicklung einher. In Westdeutschland stiegen die Markteinkommen, deren Hauptkomponente die Erwerbseinkommen sind, von 2005 bis 2010 um knapp 1 000 Euro oder vier Prozent. Das durchschnittliche Markteinkommen war damit wieder so hoch wie zur Jahrtausendwende. In Ostdeutschland, wo die Arbeitslosigkeit
stärker zurückging als im Westen, war der Einkommenszuwachs mit knapp 2 900 Euro oder 20 Prozent wesentlich kräftiger. Im Durchschnitt erreichte Ostdeutschland damit knapp 71 Prozent des westdeutschen Einkommensniveaus.
Bei den verfügbaren Haushaltseinkommen war die Entwicklung in den Grundzügen ähnlich wie bei den Markteinkommen.
Grundsätzlich hat sich das Armutsrisiko seit 2005 auf hohem Niveau eingependelt. Damals erreichte es vor allem aufgrund der negativen Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland einen Anteil von 14 Prozent, während die Quote noch in den 90er Jahren zwischen zehn und zwölf Prozent schwankte.
Quelle: DIW [PDF – 403 KB]

Anmerkung WL: *Die Studie vergleicht im Wesentlichen die Durchschnittseinkommen.*

Bei Durchschnittswerten gilt jedoch der alte Spruch: „Der See war im Durchschnitt einen Meter tief. Trotzdem ist die Kuh ertrunken." Interessanter ist es deshalb die viel realitätsgerechtere Entwicklung der Medianeinkommen (Median siehe hier)

Die Verlaufskurven zweiten zwar ein ähnliches Bild, doch der Medianwert liegt deutlich niedriger als der Durchschnittswert.

4. **Interview mit Stéphane Hessel: Vater der Kapitalismuskritik**
   Mit seinem Pamphlet "Empört euch!" trat der ehemalige Widerstandskämpfer Stéphane Hessel die Occupy-Bewegung los. Auch nach deren Scheitern will der 95-Jährige vor allem eins: Den Kapitalismus an die Kette legen. […]
   FTD: Monsieur Hessel, Sie haben mal gesagt: "Von außen betrachtet ist Europa das Land der Vergangenheit. Es ist das Land des Kapitalismus, der sich nicht erneuert hat." Das war 1962. Wie muss sich der Kapitalismus heute angesichts der Euro-Krise erneuern?
   Stéphane Hessel: Die Idee von Europa in die Tat umzusetzen ist sicher das Wichtigste und Gelungenste, was meine Generation erreicht hat. Das 20. Jahrhundert war geprägt durch den Aufbau Europas. Unglücklicherweise hat dieses Europa noch nicht die Form gefunden, die es ihm ermöglicht, die Probleme der jetzigen Krise zu lösen: eine gesamteuropäische Sozialdemokratie, die den Menschenrechten, der Umweltpolitik und der sozialen Gerechtigkeit ihren verdienten Platz einräumt. Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich im Zuge eines deregulierten Kapitalismus in den letzten 20 Jahren immer mehr vergrößert.
   FTD:Wäre eine Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft denn die Lösung für Europa?
   Stéphane Hessel: Der Schlüsselbegriff lautet ausgleichende Gerechtigkeit. Wir müssen zu einem Gleichgewicht zurückfinden, das bereits existiert hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es eine Phase von 30 Jahren, in denen die Wirtschaft stabil war und die Grundbedürfnisse der Europäer befriedigte, eben weil die Märkte reguliert wurden. Das war die Bundesrepublik von Adenauer und Brandt, das Amerika Carters. Leider folgten darauf Thatcher, Kohl, Reagan und Bush. Wir können dieses Gleichgewicht wiederfinden, wenn wir entsprechende Maßnahmen im Sozialsystem ergreifen und die Funktionsweise des Marktes ändern. Der deutsche Entwurf zur Begrenzung des Hochfrequenzhandels etwa geht in die richtige Richtung.
   Quelle: FTD
5. **Ökonomie neu denken: Vom Kopf auf die Füße gestellt**
   Die Krise der Wirtschaft ist auch eine Krise der Wirtschaftswissenschaft. Die

klassischen Modelle passen nicht zur Realität. Doch die Disziplin steht nicht still. Im Gegenteil. Junge Ökonomen revolutionieren das Fach. Wie das neue Paradigma der Disziplin im Detail aussehen wird, ist unklar – offen ist, ob es überhaupt ein von der großen Mehrheit der Ökonomen akzeptiertes, Denk- und Analyseschema geben wird oder ob für die Ökonomik der Zukunft gilt, was Mao 1957 propagierte: „Lasst 1000 Blumen blühen." Nur im makroökonomischen Establishment ist der Erneuerungsbedarf noch nicht angekommen. Bis auf wenige Ausnahmen wie den Princeton-Professor Markus Brunnermeier und den Londoner Notenbanker Andrew Haldane gibt es wenige führende Makro-Professoren, die neue Wege gehen. Viele leugnen den Reformbedarf. „Viele Hochschulprofessoren versuchen noch, die Zitadelle zu verteidigen", sagt Haldane. Diese Forscher haben oft Jahrzehnte ihres Lebens in die jetzt in die Kritik geratenen Ideen investiert und wehren sich dagegen, sie zumindest teilweise abzuschreiben.
Quelle: Handelsblatt

Anmerkung Orlando Pascheit: *Dennoch stimmt es nicht sonderlich optimistisch, wenn sich Olaf Storbeck letztlich der These Kuhns anschließt, dass ein Paradigmenwechsel erst dann erfolgt, wenn die Vertreter des alten Paradigmas aussterben. Zumal selbst dieser Übergang noch lange nicht einfach verläuft, denn wer Karriere machen will, muss sich häufig den alten Herren fügen. Und bist Du erst einmal im Mainstream gelandet und hast einige Mainstreamtexte veröffentlicht, wird es schwer, sich wider zu lösen. – Ein kleiner Nachtrag: Wie letztlich Jens Berger schrieb, ist Olaf Storbeck bzw. seine Ökonomie-Seite, der Grund das Handelsblatt zu lesen. Bedauerlicherweise verlässt Storbeck das Handelsblatt und geht zum Kommentardienst Breaking Views von Reuters, der kostenpflichtig ist. Neben dem Weggang von Lucas Zeise bei der FTD ist dies ein weiterer Verlust für das an Aufklärung interessierte Publikum.*

6. **Arbeitslosenkasse spaziert auf dünnem Eis**
   Der Arbeitslosenversicherung droht das Geld knapp zu werden. Für das nächste Jahr geht die Bundesagentur für Arbeit schon von einem deutlichen Defizit aus. Schuld ist aber nicht die Konjunktur – sondern die Regierung…
   Der 2007 als Ausgleich für die umstrittene Mehrwertsteuererhöhung eingeführte Bundeszuschuss von acht Milliarden Euro pro Jahr an die Beitragskasse fällt 2013 endgültig weg. Zuvor war er schon halbiert worden.
   Quelle: Handelsblatt
7. **Michael Sandel: What Money Can't Buy – The Moral Limits of Markets**
   Is there something wrong with a world in which everything is for sale? If so, how can

we prevent market values from reaching into spheres of life where they don't belong? What are the moral limits of markets?
Noted public philosopher and Harvard professor Michael J. Sandel will explore some of these pressing questions with responses from Stephanie Flanders, Professor Julian Le Grand and Bishop Peter Selby. St Paul's Cathedral is delighted to host a discussion on this vital topic within a sacred space in order to explore the intersection between faith, morality and markets and the power that money has in our lives. Questions and comments from the audience will be taken.
Quelle: Recorded on 23 May 2012 in St Paul's Cathedral, London. YouTube

8. **Moderne Mägde**
Sie ziehen von Stadt zu Stadt, um fremde, schwer kranke Menschen zu pflegen. Besuch bei zwei beschämend gering bezahlten Frauen. …
Birgit Vogel und Alena Knirsch sind zwei von Zigtausenden Frauen, die Dienst an deutschen Alten tun und nebenbei ein System vor dem Kollaps bewahren. Sie sind moderne Wanderarbeiterinnen, die für einen beschämend niedrigen Lohn quer durchs Land ziehen. Sie geben für Wochen und Monate ihre Leben auf, lassen Familie, Freunde, Wohnungen und Hobbys zurück, um rund um die Uhr für fremde, oft schwer kranke Leute da zu sein. Sie heben und schleppen, waschen und kochen, füttern und windeln. Für 1.000 Euro und ein bisschen.
Wenn die Zahl der Pflegefälle in Deutschland von heute 2,4 Millionen auf die vorausgesagten 3,36 Millionen bis zum Jahr 2030 anschwillt – wird der Pflegealltag von Vogel und Knirsch dann zur Normalität?
Quelle: ZEIT online

Siehe dazu auch: Teure Pflege: 400.000 Senioren können Altenheim nicht mehr zahlen
Hunderttausende Senioren können sich aus eigener Kraft keine Altenpflege mehr leisten – das geht laut einem Zeitungsbericht aus Zahlen des Statistischen Bundesamts hervor. Die Krankenkassen diskutieren nun kostengünstigere Modelle, wonach deutsche Pflegefälle im Ausland versorgt würden.
Quelle: SPIEGEL online

Anmerkung des unseres Lesers J.A.: *Eine ganz tolle Idee, in der Situation die Renten immer weiter herunterzukürzen und den Sozialstaat noch weiter zu ramponieren. Aber anscheinend kann man ja alles, was hier nicht erwünscht ist (z. B. alte Menschen, die nicht mehr arbeiten können), in den Rest der Welt outsourcen.*

9. **Sepsis-Studie: Tausende Patienten sterben unnötig**

Bakterien fluten den Körper, das Immunsystem streikt: An einer Blutvergiftung sterben jährlich rund 60.000 Menschen in Deutschland. Doch nach SPIEGEL-Informationen könnten Tausende Sepsis-Tote noch leben – denn Patienten erhalten rettende Medikamente oft zu spät.
Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung JB: *Bei der Überschrift fragt man sich unweigerlich, was denn bitte ein „nötiges Sterben" sein soll? Leider „vergisst" der SPIEGEL darauf hinzuweisen, dass die Sepsis-Todesfälle auch eine Folge der Privatisierung des Krankenhaussektors sein. Die immer gravierende Personalknappheit und damit verbundene Überlastung führen in Kombination mit der abnehmenden Qualifizierung und Ausbildung des Personal zwangsläufig zu „unnötigen Todesfällen". Ja, wir bezahlen im Extremfall letzten Endes sogar mit unserem Leben für die Renditen der Krankenhauskonzerne.*

10. **Von 400 auf 450 Euro: Wie sinnvoll ist die neue Verdienstgrenze bei Minijobs?**
Minijobber können ab Januar 50 Euro mehr verdienen. Dafür müssen sie keine Sozialabgaben zahlen. Aus 400-Euro-Jobs werden 450-Euro-Jobs. Wie sinnvoll ist die Aufstockung und wer profitiert davon?
Quelle 1: detektor.fm (Einleitungstext)
Quelle 2: detektor.fm (Interview,Podcast) [Audio – mp3]

passend dazu: Billigarbeit kommt teuer zu stehen: IAQ-Forscher plädiert für eine Neuordnung am Arbeitsmarkt
„Mit Billigarbeit wird die deutsche Wirtschaft im internationalen Innovationswettbewerb nicht bestehen können", warnt Prof. Dr. Gerhard Bosch vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen (UDE). Fast jeder fünfte Beschäftigte (2010: 23,1 Prozent) wird schlecht bezahlt. „Den Fachkräftemangel der kommenden Jahre werden wir nur mit einer anderen Arbeitsmarktordnung bewältigen können", plädiert der Arbeitsmarktexperte.
…
Billige Arbeit wird aber für den Steuerzahler sehr kostspielig. Allein 2010 mussten 11,5 Milliarden Euro aufgebracht werden, um nicht ausreichende Einkommen durch Arbeitslosengeld aufzustocken. Da viele Renten unterhalb der Grundsicherung im Alter bleiben, werden Gegenwartsprobleme auf Kosten der Jüngeren in die Zukunft verschoben. Steigender globaler Wettbewerb und technischer Fortschritt können nach Ansicht Boschs die zunehmende Spaltung des Arbeitsmarktes nicht erklären. Andere Länder wie Dänemark oder Schweden sind davon ebenso betroffen, ohne dass dort die Ungleichheit zugenommen habe.

Quelle: IAQ

11. **Kritik am schnellen Wechsel des ehemaligen Vizepräsidenten der Bundesnetzagentur zum Lobbyisten für Offshore-Windanlagen**
Die Grünen kritisieren den Seitenwechsel eines ehemaligen Spitzenbeamten der Bundesregierung für die Energiewirtschaft. Johannes Kindler (CDU), bis Jahresanfang Vizepräsident der Bundesnetzagentur, wirbt nun als Lobbyist im Auftrag des amerikanischen Energiekonzerns Anbaric für eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zugunsten der Industrie. Das sei "höchst bedenklich", findet der Abgeordnete Oliver Krischer (Grüne). Spitzenbeamte dürften nicht "sofort zu gutdotierten Jobs in die Privat wirtschaft wechseln". Das Bundeswirtschaftsministerium hat Kindler die Arbeit in der Anwaltskanzlei Bird&Bird genehmigt, es habe dabei aber nichts von "konkreten künftigen Mandaten" gewusst.
Quelle: Spiegel Online
12. **«Es ist ein brandgefährlicher Prozess im Gang»**
Die Schweizer Armee probt den Krieg gegen den inneren Feind – und liegt damit im Trend. In ganz Europa, sagt der deutsche Friedensforscher Tobias Pflüger, findet eine zivilmilitärische Aufrüstung statt.
Quelle: WOZ
13. **US-Präsidentenwahl: Texas droht OSZE-Wahlbeobachtern**
Es wirkt schon beinahe grotesk: Der texanische Generalstaatsanwalt Greg Abbott hat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gedroht, dass sich ihre Wahlbeobachter strafbar machen könnten, wenn sie sich bei der anstehenden US-Präsidentschaftswahl den Wahllokalen nähern. "Gruppen und Einzelne außerhalb der Vereinigten Staaten dürfen nicht in den Wahlprozess in Texas eingreifen oder ihn beeinflussen", schrieb der Generalstaatsanwalt in einem offenen Brief. Die ODIHR, eine in Warschau ansässige Unterorganisation der OSZE, überwacht weltweit regelmäßig Wahlen der Mitgliedstaaten, zu denen auch die USA gehören. Texas will die Überwachung nun verhindern. Sollten sich ODIHR-Experten näher als 100 Fuß (rund 30,5 Meter) am Eingang des Wahllokals befinden, könne dies ein krimineller Akt sein, so Abbott.
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung Orlando Pascheit: *Leider geht es nich tum einen Streich eines hinterwäldlerischen Staatsanwalts irgendwo in der Provinz , sondern um den texanischen Generalstaatsanwalt. – Wenn man nicht allzu verschwörungstheoretisch vorgehen will, verbleibt dieses übersteigerte, amerikanische "Sich- selbst-genug-Sein". Man braucht sich eben in Sachen Demokratie nicht belehren zu lassen, andere schon.*

Wie meinte Abbott: "The OSCE may be entitled to its opinions about voter ID laws, but your opinion is legally irrelevant in the United States, where the supreme court has already determined that voter ID laws are constitutional. Und der Kongressabgeordnete Connie Mack aus Florida kommentiert folgerichtig: "The only ones who should ever oversee American elections are Americans." Da hat der Abgeordnete wohl vergessen, dass es gerade in Florida bei der Stimmenauszählung der 54. Wahl des Präsidenten der USA im November 2000 zu Unregelmässigkeiten kam, die letztlich George W. Bush zur Präsidentschaft verhalfen. Der republikanisch dominierte Supreme Court hatte letztinstanzlich eine erneute Nachzählung in bestimmten Wahlkreisen Floridas verboten.

14. **Wertkonservativ, jedenfalls nicht links**
    Kretschmann will Öffnung zur CDU
    In Gelsenkirchen hatten die Bewerber für die Kandidaten-Doppelspitze der Grünen beim elften Urwahlforum das letzte Mal Gelegenheit, sich der Basis zu präsentieren. Doch nicht nur die Personalfrage ist bei den Grünen aktuell – vor der Bundesdelegiertenkonferenz im November gewinnt die Debatte über den Kurs der Partei wieder an Fahrt. Nach Erfolgen im Südwesten versuchen Realos, die Grünen noch weiter auf einen Kurs der Mitte zu drängen.
    Quelle: Neues Deutschland
15. **Ausverkauf des Wissens verhindern**
    Während die Grundfinanzierung der Universitäten durch die Länder eher stagniert, steigt der Anteil privater Geldgeber. Und es steigt die Zahl derer, die das problematisch finden. Die Technische Universität Berlin hat jetzt reagiert und sich einen Verhaltenskodex gegeben.
    Berlins Technische Universität ist stolz auf sich – in den letzten sechs Jahren ist es der TU gelungen, ihre Drittmittel zu verdoppeln. Im bundesweiten Ranking steht sie jetzt auf Platz 4. Das bedeutet auch, der Überblick über mehrere Hundert Kooperationsverträge droht verloren zu gehen. Deshalb jetzt der Verhaltenskodex, sagt TU Präsident Jörg Steinbach…
    Der jetzt vom Kuratorium der Uni verabschiedete Verhaltenskodex soll verhindern, dass die Hochschule bei Verträgen mit Unternehmen den Kürzeren zieht, außerdem die Freiheit von Forschung und Lehre gewährleisten.
    Quelle: DLF
16. **Beschäftigte in High-Tech-Sektoren in den Regionen Europas**

Quelle: Eurostat regional yearbook 2012, Abbildung 11.3, Seite 156 [PDF – 8.2 MB]

Anmerkung WL: *Abbildung zeigt, dass es in Norwegen und Schweden deutlich mehr Regionen mit über 22% der aktiven Bevölkerung gibt, die im High-Tech-Sektor arbeiten als in Deutschland. Auch Finnland schneidet in der Fläche deutlich besser ab. In Deutschland können da nur die Region München, die Regionen um Stuttgart, die Region um Aachen, Hamburg und Berlin mithalten. Gemessen am EU-27-Durchschnitt liegen nur das nördliche Baden-Württemberg, einige Gebiete Hessens, der Raum Hannover und Teile Sachsens darüber. Besonders schlecht sieht es im Nord-Westen Deutschlands aus.*

17. **Paradigmenwechsel in der Lehre**
Rund 50 Prozent aller deutschen Studierenden der Ingenieurwissenschaften brechen ihr Studium ab. Doch Ingenieure werden gebraucht. Die technische Universität Hamburg Harburg will dafür zur aktiven Form des Lernens wechseln.
Aktives Lernen muss gefördert werden, sagt Professor Sönke Knutzen, Vizepräsident der TU. Um das zu erreichen, wurde an der Hochschule das neue Zentrum für Lehre und Lernen, kurz ZLL, geschaffen. Fünf Millionen Euro Investition für insgesamt 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie sollen helfen eine moderne Lehrkompetenz zu fördern, die auch auf neurowissenschaftlichen Erkenntnissen basiert…
Ein Drittel der Lehrveranstaltungen soll in den kommenden Jahren didaktisch und methodisch neu gestaltet werden. Problem- und projektorientiertes Lernen sind dabei wichtige Methoden, neben anderen…
Quelle: DLF
18. **Innovation nach Plan**
Rund drei Milliarden Euro schießt der Staat Jahr für Jahr in die Entwicklungsabteilungen der deutschen Firmen. Industrieforschung für die Gesellschaft? Kritiker haben da so ihre Zweifel. Oliver Koppel zum Beispiel, er ist Wirtschaftsforscher am unternehmernahen Institut der Deutschen Wirtschaft:
"Viele haben ein Projekt in der Schublade und dann guckt man, ob es nicht auch Fördermittel dafür gibt, und streicht im Rahmen eines Mitnahmeeffekts noch ein paar Fördermittel ein, das kann natürlich nicht der Sinn sein."
Das allein wäre aus Koppels Sicht gar nicht einmal so schlimm, würden die Mittel nur halbwegs fair verteilt.
"Projektförderung in Deutschland kommt im Moment nur noch den Großunternehmen zugute, die kleinen und mittelständischen Unternehmen haben es sehr schwer, überhaupt im Förderdschungel durchzublicken. Und von der reinen Verteilung her ist es so, dass die großen zwar auch mehr forschen als die kleinen, aber sie erhalten auch

überproportional mehr Gelder."…
Wirkliche Innovationen lassen sich naturgemäß nicht vorhersehen – richten sich nicht nach den Interessen von Ministerien und Gremien. In der öffentlichen Forschung an den Hochschulen spricht man deshalb schon seit Jahren vom "Innovationskiller Projektförderung".
Quelle: DLF

19. **Die Fernsehräterepublik**
Die CSU profitiert davon, dass sie einerseits als reine Regionalpartei im Bundestag Teil des Fraktionsverbundes mit der CDU ist, andererseits aber als eigenständige Partei mit bundesweitem Anspruch behandelt wird. Dies führt dann auch zu den aburden Generalsekretärsrunden nach Landtagswahlen, an denen auch die CSU teilnimmt, obwohl sie nicht geringste mit diesen Wahlen zu tun hat.
Deshalb kann von Chancengleichheit der bayerischen Parteien im Kampf um die politische Führung des Landes keine Rede sein. Und das bisschen, was der bayrischen SPD an TV-Aufmerksamkeit gegönnt wird, wollte Strepp auch noch beseitigen…
Beim ZDF werden Verwaltungs- und Fernsehrat von aktiven Parteipolitikern, darunter vier Ministerpräsidenten, und ihrem Anhang dominiert.
Das führt dazu, dass zentrale Personalentscheidungen von denen gefällt werden, die eigentlich kontrolliert werden sollen. Immer noch herrscht die Unsitte, die wesentlich gravierender ist als der Fall Strepp, dass Führungspositionen nach dem Rechts/Links-Schema besetzt werden. Und die Journalisten, die trotz des parteipolitischen Kuhhandels unabhängig ihrem Auftrag nachkommen, müssen sich anschließend vor politischen Räten für ihre Arbeit rechtfertigen. Dadurch ist Machtmißbrauch geradezu institutionalisiert.
Quelle: Sprengsatz

Dazu auch: Die unheimlichen Mainzelmacher
Der Skandal um die CSU-Intervention beim ZDF? Schlimm genug. Schlimmer: Politiker kontrollieren in Rundfunkgremien diejenigen, die sie kontrollieren sollen.
Quelle: taz

20. **Romneys Pläne für die Wirtschaft**
Für seinen ersten Tag im Weißen Haus hat sich Mitt Romney viel vorgenommen. Der neue Präsident will gleich nach der Amtseinführung am 20. Januar 2013 "Obamacare" aufheben, die Gesundheitsreform des Vorgängers. Noch vor dem Lunch knöpft er sich dann China vor: Romney hat angekündigt, die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt als "Währungsmanipulator" zu brandmarken, um Handelssanktionen zu erleichtern. Die Mittagspause fällt aus, denn: "An seinem ersten Tag im Amt wird Romney alle

Bundesbehörden anweisen, die Rücknahme jedweder Regulierung der Obama-Regierung einzuleiten, die die Wirtschaft oder die Schaffung von Arbeitsplätzen über Gebühr belastet", haben die Republikaner in ihrem Wachstumsplan versprochen.
Das Herzstück von Romneys Plänen ist die Senkung der Steuersätze quer über den Tarif. Der Spitzensteuersatz würde von 35 auf 28 Prozent fallen; der niedrigste Satz von zehn auf acht Prozent. Unternehmen sollen nur noch 25 statt wie bisher 35 Prozent zahlen. Die Reform soll aufkommensneutral sein, finanziert durch die Streichung von Schlupflöchern und Abschreibungsmöglichkeiten. Das, urteilte Bruce Bartlett, Berater des früheren Präsidenten Ronald Reagan, stimuliere die Wirtschaft im Prinzip schon: "Aber die Idee, dass eine Steuerreform eine Wirtschaft auf Touren bringt, die unter den Nachwirkungen eines zyklischen Abschwungs leidet, ist Unsinn."
Allerdings glaubt ohnehin niemand, dass die Steuerreform voll gegenfinanziert werden kann. Das Obama-Lager beziffert die Kosten auf 5000 Mrd. Dollar über eine Dekade und beruft sich dabei auf eine Studie des unabhängigen Tax Policy Center. Romney bestreitet das, ist aber Details zur Finanzierung schuldig geblieben.Innerhalb von "acht bis zehn Jahren" will der Republikaner den Haushalt ausgleichen, obwohl er höhere Militärausgaben plant. 500 Mrd. Dollar will er jährlich einsparen – unterstellt dabei aber ein üppiges Wachstum von vier Prozent. Barry Eichengreen, Professor in Berkeley, rechnet für den Fall, dass die Republikaner auch die Mehrheit im Senat erringen, mit "scharfen Ausgabenkürzungen". "Das wäre schlecht fürs Wachstum", sagt er, denn es würde kurzfristig zu einem negativen fiskalischen Impuls führen. Mittelfristig würde der Staat weniger für Infrastruktur, Bildung, Forschung ausgeben, warnt der Ökonom.
Quelle: FTD

Anmerkung Orlando Pascheit: *Wer am Sonntag den Presseclub angesehen hat, kann sich nur wundern.*
Mitt Romney wurde in einer Weise weichgespült (pragmatisch, unideologisch, Mann der Mitte), die einen wieder einmal verzweifeln ließ, an der Auswahl solcher Runden bzw. der Qualität unserer Spitzenjournalisten. Die im Vorwahlkampf und Wahlkampf vorgetragenen Positionen seien nicht der wahre Romney, sondern nur Situation geschuldet. Das ist doch albern, inwiefern soll Romney als Präsident plötzlich für Finanzmarktregulierungen einstehen, wenn in seinem Programm die Aufhebung von Regulierungen steht usw. Als ob es das nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Video nie gegeben hätte, im dem er vor Gleichgesinnten die Hälfte der Amerikaner zu Sozialschmarotzern erklärt und damit sein wahres Gesicht zeigte.

21. **Ergänzung zum Artikel „Michael Glos und sein Amtseid"**

Anmerkung JB: *Einige Leser wiesen mich darauf hin, dass folgende Formulierung unglücklich ist:*

> *Was einen Müllermeister mit mittlerer Reife dazu qualifiziert, von der Beteiligungsgesellschaft RHJ (früher Ripplewood) als Berater mehr als 7.000 Euro pro Monat beziehen, weiß sicher nur Michael Glos.*

Die Leser haben recht, die Formulierung ist in der Tat unglücklich. Selbstverständlich will ich einem Meister oder einem Absolventen der mittleren Reife nichts absprechen. Im Gegenteil, wer mit beiden Beinen im Leben steht, hätte eigentlich gerade für „Heuschrecken" wie RHJ sicherlich wesentlich sinnvollere Tips als das Heer der BWLer und Anwälte, das für RHJ tätig ist. Meine Anmerkung will dann auch genau diesen Widerspruch ins Zentrum rücken. In der Welt der Investmentbanker, Heuschrecken und Berater zählen eben nicht die Qualitäten und Qualifikationen, die in einer vernünftigen Wirtschaftswelt zählen sollen. In dieser Welt gilt nun einmal – so zynisch sich das anhören mag – ein Müllermeister nicht viel. Das verteidige ich nicht, ich kritisiere dieses Denken ausdrücklich und finde es zynisch von Michael Glos, seine Arbeitgeber aus der freien Wirtschaft auf diese Art und Weise rein waschen zu wollen.

Unser Leser M.B. machte uns auch auf folgendes aufmerksam: *Passend zu Glos Amtseid hat auch die Berliner Wirtschaftssenatorin Yzer ihr Amt definiert: Auf die Frage "Sie werden bisher vor allem als ehemalige Pharma-Lobbyistin wahrgenommen. Ein Problem für Sie?" antwortet Yzer, mit offensichtlich zutiefst korrumpierter Grundeinstellung:*
"Ich bin jetzt Wirtschaftssenatorin und damit allen Unternehmen dieser Stadt verpflichtet, nicht nur einer Branche."
nachzulesen hier (Berliner Zeitung, 18.10.2012)

Ergänzende Anmerkung JB: *Zu Cornelia Yzer sehe auch hier: Cornelia Yzer – Durch die Drehtür und zurück.*